

Aus dem Inhalt

Deutschlands Abschiebepraxis unter der Lupe

--> Seite 7

Demokratischer Sozialismus - Mehr als eine Phrase!

--> Seite 5

Es geht auch anders...!

Wie Neonazis es immer wieder schaffen den Staat für ihre Zwecke zu instrumentalisieren

Der 8. Mai 2005. 60 Jahre Befreiung vom Faschismus. Wer etwas gelernt hat, feiert, dankt seinen Befreierinnen und freut sich, dass man noch mal frei davongekommen ist.

Die anderen propagieren gerade in diesen Tagen deutsches Opfergedenken an Orten wie Halbe oder Dresden, versuchen mit Begriffen wie "Bombenholocaust" einen deutschen Opfermythos zu kreieren und andere Ewiggestrige um sich zu scharen. Insbesondere der millionenfache Mord an Jüdinnen und Juden, Sinti, Roma und RegimegegnerInnen wird durch Betonung der allgemeinen Schrecken des Krieges versucht zu relativieren, um einen neuen deutschen Nationalismus zu begründen.

Dabei sind die Fakten klar, man muss nur ein paar elementare Fragen stellen. Wer hat Europa und die ganze Welt ab 1939 mit Krieg überzogen? Deutschland. Wer begann mit Flächenbombardements von Industriestädten und dem Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung? Deutschland.

Wer führte den Vernichtungskrieg im Osten, begann mit Vertreibungen und Deportationen und vollzog den industriell geplanten Massenmord an Millionen von Menschen? Deutschland. Und welche Bevölkerung stützte bis zuletzt ihren Führer und lebte den Nationalsozialismus? Die deutsche Bevölkerung. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen. Auch wenn nachher alle WiderstandskämpferInnen gewesen sein wollen, die deutsche Bevölkerung hat in der Mehrheit bis zu letzt hinter dem Führer und der Naziregime gestanden.

■ Die geliebte Opferrolle

Eine Opferrolle kann den Deutschen daher keinesfalls zuerkannt werden. Natürlich ist die Trauer von Menschen über den Verlust von Angehörigen im Krieg verständlich und soll ihnen auf keinen Fall

abgesprochen werden. Sie hat aber mit der Schuldfrage nichts zu tun. Die Schuld für die Kriegsschrecken und Leid auch auf deutscher Seite tragen nicht die Alliierten, sondern diejenigen, die den Krieg begannen, nämlich das Hitler-Regime und damit die deutsche Bevölkerung, die dieses Regime nicht nur trug, sondern zu großen Teilen aktiv an der Umsetzung seiner ideologischen Zielsetzungen mitwirkte. Viele Menschen verwechseln immer noch Leid und Trauer um Angehörige mit der Frage der Verantwortlichkeit für diese Schrecken.

■ 8. Mai; Berlin

Auch am 8. Mai 2005 marschierten in Berlin ca. 3000 Neonazis unter dem Motto "60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuldskult!" auf. Die Demonstration hatten die NPD, deren Jugendorganisation JN



MÜLL

Fortsetzung aus Seite 2

Seite 2 ■ Es geht auch anders...

sowie sogen. "Freie Nationalisten" angemeldet. Schon im Vorfeld war die Empörung groß gewesen, aber leider konnte die Demonstration nach den geltenden Gesetzen nicht verboten werden. Wer aber am 8. Mai in Berlin gewesen ist, um seinen Protest gegen den Naziaufmarsch kundzutun, wird gemerkt haben, dass es offenbar Absprachen zwischen dem rot-roten Senat und der Polizei gab, die Neo- und Altnazis nicht durch die Hauptstadt marschieren zu lassen. Blockaden der Gegendemonstranten wurden nicht geräumt, die Polizei gab sich entspannt, die Lage blieb ruhig und hinterher waren alle zufrieden.

Die Alpträumvorstellung, am 60. Jahrestag der Befreiung Bilder von PolizistInnen, die in der Hauptstadt Deutschlands mit Gewalt den Weg für FaschistInnen frei räumen, in der Weltpresse zu sehen, hatte offenbar genug Druck auf Politik und Polizei ausgeübt. Als bester Beweis kann aber eine Presseerklärung der Polizei ca. zehn Tage vor dem entscheidenden Datum herhalten. Die Polizei ging zu diesem Zeitpunkt schon davon aus, dass "die NPD-Demonstration den Alexanderplatz nicht verlassen werde". Das von der NPD großspurig angekündigte "rechtliche Nachspiel" ist bereits im Sand verlaufen. Die Erkenntnis: Es ist offensichtlich auch nach der jetzigen Gesetzeslage möglich, bei ausreichendem Widerstand eine Nazidemonstration abzubrechen.

■ 18. Juni; Braunschweig

Bei der nächsten NPD-Demonstration am 18.06.05 in Braunschweig sah es aber wieder

ganz anders aus. Für knapp 200 Nazis wurden große Mengen von friedlichen SitzblockiererInnen mit Wasserwerfern und Knüppelinsatz brutal von der Straße gedrängt, unbeteiligte BürgerInnen, Alte, Behinderte und Kinder trotz der großen Hitze für mehrere Stunden ohne Wasser und sanitäre Versorgung eingekesselt. Viele GegendemonstrantInnen wurden ohne Angabe von Gründen in Gewahrsam genommen und schikaniert.

■ Nazis marschieren wieder

Die Nazis konnten marschieren. Hinterher war die Entrüstung der Braunschweiger Bevölkerung groß, die Braunschweiger Zeitung war mit wütenden Leserbriefen gefüllt, die Zeitung druckte etliche Artikel zu dem Thema. Selbst der ehemalige Polizeipräsident (!) verurteilte das Vorgehen der Polizei aufs Schärfste. Die Landesregierung und die neue Polizeiführung zeigten sich zufrieden. Alles sei so gelaufen wie geplant. Schuld habe wenn überhaupt das Verwaltungsgericht, welches die Demonstration genehmigt hatte. Nach dem Ablauf des 8. Mai in Berlin liegen die Dinge allerdings etwas anders. Die Gerichte haben, da es sich bei der NPD leider immer noch um eine legale Partei nach dem Parteiengesetz handelt, gegen Demonstrationen kaum eine Handhabe.

Diese liegt vor Ort bei der Polizeiführung und bei der Landesregierung bzw. dem Innenministerium, welches als oberster Dienstherr der Polizei fungiert. Die Polizei und die konservative politische Führung

waren hier offensichtlich nicht an einem Abbruch des Naziaufmarsches interessiert, nach dem Ablauf in Braunschweig zu urteilen ging es wohl eher um eine Kriminalisierung und polizeiliche Erfassung der "linken" GegendemonstrantInnen.

Und hierbei handelt es sich nicht um Einzelfälle. Wer jemals gegen einen Naziaufmarsch demonstriert hat, wird das wissen. Konservative und Polizeiführung haben die von Neonazis ausgehende Gefahr offensichtlich bis heute noch nicht verstanden und nutzen die Demonstrationen immer noch, um sich eine Legitimation für das Vorgehen gegen unliebsame "Linke" zu verschaffen.

■ Geschichtsverklärung

Dabei sind aber gerade Menschen, die nicht bereit sind, eine Verklärung der Geschichte durch RechtsextremistInnen und insbesondere eine Verharmlosung des Dritten Reiches durch Betonung des Leidens auf deutscher Seite hinzunehmen, für eine objektive Geschichtsschreibung und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Vergangenheit besonders wichtig. Und obwohl auch von PolitikerInnen immer wieder ein "entschlossenes Vorgehen" gegen Neonazis gefordert wird, entsteht der Eindruck, dass ein solches Engagement in Wirklichkeit nicht erwünscht ist.

Politik und Polizei sollten ihr Vorgehen einmal gründlich überdenken. Zumindest hat der 8. Mai gezeigt, dass es auch anders geht.

Das Plakatierverbot

Unser Dorf soll schöner werden

"Plakatieren verboten" - zukünftig werden Schilder mit dieser Aufschrift exakt die Stellen zielen, an denen bis heute noch bunte Plakate klebten. Seit wann das Plakatierverbot besteht und wer die UrheberInnen dieser Entmündigung der Studierenden sind, lässt sich nur schwer ausmachen. Uni-Präsidium, AStA und auch das Gebäudemanagement hüllen sich zu dieser Frage in Schweigen. Nur in einem Punkt sind sich alle einig: Im Zuge von künftigen Renovierungen der Universitätsgebäude soll endlich wieder Ordnung und Sauberkeit in die heiligen Hallen der "Georgia-Augusta" einziehen. Dafür geht's den Schmierfinken an den Kragen. Seit geraumer Zeit dürfen nur noch ausgewählte Plakate - in der Anzahl natürlich streng limitiert - aufgehängt werden.

■ Wer entscheidet?

Die Auswahl der Plakate erfolgt nach den strengen Gütekriterien und den hohen Qualitätsmaßstäben des Gebäudemanagements. Die Einsicht in den Regelkatalog, der die hohen Standards der Verwaltung bei der Auswahl der Plakate festhält, bleibt dem interessierten Plakatekleber allerdings versagt. Da es ihn gar nicht gibt! Durch die geplante Neugestaltung der universitären Räumlichkeiten fallen hässliche Säulen, kahle Wände und leere Stellwände, die vorher zum Plakatieren benutzt wurden, dem Renovierungswahn der Uni zum

Opfer. Die Begründung dafür ist ganz einfach: Schließlich macht die Globalisierung auch vor den kahlen Wänden der Universität nicht halt. Mit einer unbeklebten Wand in einer Farbe im dunklen Beige mit einem farblichen Hang zum Ockergelb lässt sich der Standort Universität Göttingen und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit wahrscheinlich etwas besser verkaufen als mit einem Plakat, das z.B. auf eine Veranstaltung mit dem Namen "Die dunklen Seiten der Universität Göttingen im Nationalsozialismus"



hinweist. Doch das ist noch nicht alles. Auch die Fachschaften der einzelnen Fakultäten können sich ihres Aushangplatzes nicht mehr sicher sein.

Während in den Universitätsgebäuden zunehmend mehr Platz für kommerzielle Werbung geschaffen wird (bevorzugt werden schwarze Schafe wie "Lidl" und "vodafone"), versucht man "Schwarze Bretter" und Fachschafts-aushänge bei den übriggebliebenen Stellwänden gegeneinander auszuspielen. Für Menschen, die für ihre Veranstaltung in der Stadt werben wollen, bleiben die Tore der Universität künftig ganz geschlossen.

Demokratie lebt von Vielfalt und Pluralismus. Plakate, die auf

Veranstaltungen von den verschiedensten Gruppierungen in und außerhalb der Universität hinweisen, erweitern erfahrungsgemäß den geistigen Horizont der Studierenden.

Nur so sind sie in der Lage, auch abseits vom alltäglichen Lehrbetrieb an der Uni, ein kritisches Bewußtsein herauszubilden und Wissenschaft als fächerübergreifende Bildung zu begreifen. Die demokratische Teilhabe der Studierenden im Alltagsbetrieb der Universität fördert man nicht, wenn man ihre kreativen und in Eigeninitiative organisierten Veranstaltungen mittels Plakatierverbot einschränkt, wenn nicht gar unmöglich macht.

■ Fragend schreiten wir voran

Der Veranstaltungshinweis "Einstein für Einsteiger" oder aber auch nur ganz platt "Heute abend Party" hat die gleiche Berechtigung zu "hängen" wie "Ich verkaufe mein rostiges Fahrrad". Die Juso-Hochschulgruppe setzt sich mit vielen anderen Gruppen gegen das Plakatierverbot an der Universität ein.

Es geht uns dabei nicht um ein "wildes Plakatieren" an Fenstern, Türen und Wänden. Wir kämpfen vielmehr um den jetzigen Bestand der offiziellen Aushänge für Fachschaften, AStA, studentische Gruppen UND den Erhalt der Flächen zum Plakatieren für jedermann und jedefrau an den wie bisher dazu genutzten kahlen Säulen und Wänden.

Studierende sehen "schwarz"

NRW und Schleswig-Holstein nun auch CDU-regiert

Schon im Wahlkampf haben CDU und FDP angekündigt, dass Studieren in Zukunft teuer werden soll. Diese Versprechung hat die WählerInnen scheinbar scharenweise an die Wahlurne gezogen, um ihr Kreuz nicht nur für soziale Ungerechtigkeit und unsolidarischen Blödsinn zu machen, sondern auch für die Einführung allgemeiner

westfälische Hochschule, die bisher ankündigte "soweit möglich" keine Gebühren erheben zu wollen, ist die FH Dortmund. Die Regierung geht allerdings davon aus, dass die Hochschulen auf das Geld nicht verzichten können (was nicht wundert, da ja im Bildungsbereich fleißig gespart wird), und so - auch trotz Oppositionsgeistes - Studiengebühren einführen werden.

dass er Studierende mit finanziell schwachem Hintergrund nicht direkt von der Uni schmeißt.

In Schleswig-Holstein sieht man zwar schwarz-rot, teuer wird's aber wohl trotzdem werden. Die große Koalition konnte sich ja ohnehin nur mühsam auf ein Programm einigen, in dem es nun aber heißt, dass die Einführung "von der Entwicklung in den norddeutschen Ländern abhängig" ist.

Die CDU wird dabei wahrscheinlich auf die schwarzen Länder Hamburg und Niedersachsen zeigen, in denen Studiengebühren eingeführt werden, die SPD wird Mecklenburg-Vorpommern als rotes und zumindest erst mal studiengebührenfreies Land als Beispiel wählen. Es bleibt allerdings zu befürchten, dass die CDU als stärkerer Koalitionspartner sich wird durchsetzen können, zumal

auch in der SPD nicht mit einer allzu starken



Studiengebühren ab dem ersten Fachsemester.

Die Studierenden dieser Länder müssen diesen Fehler ausbaden. War bei den Ländern unter SPD-Regierung wahrscheinlich, dass keine Studiengebühren eingeführt werden, so können die Studierenden dort jetzt schon anfangen zu sparen, um voraussichtlich ab WS 2006/2007 ca. 500 Euro pro Semester mehr zu zahlen - so zumindest angedacht von der CDU.

Die FDP will die Hochschulen selbst entscheiden lassen, ob und in welcher Höhe sie Gebühren einführen wollen oder nicht. Den Einfluss des kleinen Koalitionspartners mag man ohnehin anzweifeln, außerdem ist es fraglich, ob eine solche Regelung eine Verbesserung darstellt. Die einzige nordrhein-

Die NRW-CDU legte bereits Modelle für nachgelagerte

Studiengebühren vor: die Gebühren sollen dann nach dem Studium in niedrigen Raten (wie beim BAFöG) zurückgezahlt werden. Dazu Ministerpräsident Rüttgers: "Niemand soll auf Grund seiner sozialen Situation von einem Studium ausgeschlossen werden". Nein, das soll natürlich niemand, ganz klar.

■ "Herr Ober, zahlen bitte!"

Es hat ja jedeR die Möglichkeit, diesen Kredit aufzunehmen und am Ende seines Studiums vor einem riesigen Schuldenberg zu stehen. Gerade potentielle Studierende aus "bildungsfernen" bzw. sozial bzw. finanziell schwachen Familien würden sich sicher gern hoch verschulden und sich freuen, durch dieses Modell nicht "von einem Studium ausgeschlossen zu werden". Denn davon kann ja gar nicht die Rede sein...!?

Ein herzliches Dankeschön auf diesem Wege an Herrn Rüttgers,



Gegenwehr zu rechnen ist.

So sieht es vielleicht sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Schleswig-Holstein bald so aus wie kürzlich auf dem Campus der FH Koblenz: Studierende nächtigen - in einer neuen Art der Studentenwohnheime - in Zelten. Wohnungen sind zu teuer.

Demokratischer Sozialismus - mehr als eine Phrase!

"Sozialismus ist eine Sammelbezeichnung für politische Theorien, die auf die Lösung der sozialen Frage durch Herstellung sozialer Gerechtigkeit für alle Mitglieder einer Gesellschaft hinzielen."

Als Mitglied der Juso-Hochschulgruppe wird man oft gefragt, wofür der Begriff Juso eigentlich steht. Heißt es nun JungsozialdemokratenInnen oder JungsozialistenInnen? Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Es heißt selbstverständlich JungsozialistenInnen.

Doch häufig erntet man hierfür komische Blicke. SozialistInnen? Das sind doch diese weltfremden, idealistischen KapitalkritikerInnen, die mit ihren linken Forderungen Fortschritt, wirtschaftlichen Aufschwung und Arbeitsplätze gefährden. Das sind doch eh alles KommunistenInnen, oder?

Es ist tatsächlich so, dass der Begriff "Sozialismus" in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit nicht zuletzt durch Einfluss des neoliberalen Mainstreams eine zunehmende negative Bedeutung gewonnen hat. Aus anderen hochschulpolitischen Gruppen hört man sogar den Vorwurf, wir Jusos würden uns hinter dem Kürzel verstecken und das Wort SozialistenInnen scheuen.

Dem ist sicherlich nicht so. Noch immer verbinden wir viel mit dem Begriff. Der demokratische Sozialismus ist und bleibt zentrale Forderung unserer Gruppe.

■ Unser Verständnis von Sozialismus

Mit Sozialismus verbinden wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unserer Meinung nach sollten dies die zentralen Stützen einer demokratischen Gesellschaft sein.

In einer solidarischen Gesell-

Freiheit Gleichheit Solidarität



schaft stehen die Starken für die Schwachen ein, wozu es ein allgemeines Verantwortungsgefühl bedarf. Ein starker Sozialstaat muss Sorge dafür tragen, dass niemand fallen gelassen wird. Hierbei darf sich das staatliche Engagement nicht nur auf die Sicherung von Grundbedürfnissen zurückziehen. Allen Menschen muss in diesem Land eine Perspektive eröffnet werden. Es kann nicht Ziel sein, die Bevölkerung zu einer dumpfen, funktionierenden Masse zu machen. Individualität, Selbstverwirklichung und politische Teilhabe der einzelnen BürgerInnen tragen zu einer stabilen Demokratie bei. Solidarität ist die einzige Garantie für einen sozialen Frieden, deshalb sprechen wir uns offen gegen den Sozialabbau aus, der momentan vorangetrieben wird.

Gerechtigkeit herzustellen und zu wahren, ist ein hohes und wichtiges Ziel. Gerechtigkeit

drückt sich nicht nur durch das Gesetzbuch aus. Sicherlich ist ein funktionierendes und verlässliches Rechtssystem von großer Bedeutung. Doch Gerechtigkeit hat noch mehr Aspekte. Generationengerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind Stichpunkte, die an dieser Stelle

zu nennen sind. Es muss in einer sozialistisch geprägten Demokratie gewährleistet sein, dass diese Gerechtigkeitsbegriffe erfüllt werden. Besonders die soziale Gerechtigkeit und die Verteilungsgerechtigkeit kann nur über einen Umverteilungsprozess erreicht werden. Es stimmt nicht, dass es in Deutschland weniger Geld gäbe als noch vor Jahren. Es ist nur anders verteilt. Allerdings ist es Heuchelei, wenn man seinen Blick nur nach Deutschland richtet. Es ist ein weltweites Problem. Denn 20 % der Menschheit beanspruchen 80 % der weltweiten Ressourcen.

Freiheit ist der zentrale Begriff, der ein demokratisches System überhaupt erst ermöglicht. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben nach seiner Façon glücklich zu werden, soweit er nicht die Freiheit der anderen über die Maße beeinträchtigt. Wir warnen davor, im allgemeinen Welter-

rorismuswahn unbedacht die schätzenswerten Freiheiten der Menschen zu beschneiden. Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit sind Grundrechte, die in keiner Form angetastet werden dürfen. Einzige Ausnahme bildet hier der Fall der Volksverhetzung. Insbesondere nationalsozialistische, faschistische und/oder antisemitische Parolen dürfen nicht toleriert werden. Sozialismus bedeutet auch eine besondere Sensibilität für die Vergangenheit.

■ Idealisten-Pack!

"Ideale sind wie Sterne, wir können sie nie oder fast nie erreichen, bestimmen aber wie die Seeleute mit ihrer Hilfe unseren Kurs."

Besonders von neoliberaler Seite wird man häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, dass man mit seinen sozialistischen Ideen doch nur ein idealistischer

TräumerIn (bestenfalls; meist eher SpinnerIn) sei. Außerdem sei das eh alles nicht umzusetzen. Wenn man es doch versuchen würde, gefährde man damit die positive Entwicklung der Wirtschaft. Und überhaupt: Sozial ist, was Arbeit schafft! Dieser Satz erinnert nicht nur an eine ganz üble Rhetorik vergangener, dunkler Zeiten, sondern ist angesichts fünf Millionen Arbeitsloser und steigenden Unternehmensgewinnen der pure Hohn. Möglicherweise stimmt es, dass unser Bild einer idealen Gesellschaft nicht komplett umzusetzen ist. Dies hindert uns aber nicht daran es zu versuchen. Sicherlich schafft auch der Sozialismus keine perfekte Welt, aber schon eine bessere Welt ist ein Erfolg. Wenn man ein IdealistIn ist, weil man der Meinung ist, dass die Wirtschaft zum Wohle der Menschen da ist und nicht umgekehrt, dann gibt es in diesem

Land noch zu wenig IdealistenInnen. Wir wollen etwas verändern, etwas bewegen. Als Jungsozialistische Hochschulgruppe richtet sich natürlich unser Fokus auf alle hochschulpolitischen Thematiken und darüber hinaus auf die Bildungspolitik. Doch dabei kann es nicht bleiben. Unpolitisch sein ist in unserer Generation groß in Mode gekommen. Von vielen werden wir als Spaßgeneration verunglimpft. Es wird Zeit diesem Bild zu widersprechen und sich seiner politischen und gesellschaftlichen Verantwortung bewusst zu werden.

Gerade von Studierenden sind in der Vergangenheit wichtige Impulse ausgegangen, die gesellschaftliche Veränderungsprozesse angeschoben haben. Es wird Zeit, dass wir unserer Rolle wieder gerecht werden und uns einmischen. Macht mit, helft mit, seid idealistisch, seid sozialistisch!

■ Bundeskoordinierungstreffen in Göttingen

Vom 24.6. bis 26.6. fand in der Jugendherberge in Göttingen das Bundeskoordinierungstreffen (BKT) der Juso-Hochschulgruppen statt. Hierbei treffen sich VertreterInnen aller Juso-HSGn des Bundesgebietes; um inhaltlich an verschiedenen Themen zu arbeiten. Die Diskussion drehte sich bei diesem BKT besonders um bildungspolitische Thematiken wie BAFöG-Reform und Hochschuleingangsphase. Die BKTs, die einmal pro Semester stattfinden, dienen zur Vernetzung und zur gemeinsamen Positionierung der Juso-HSGn. Überdies wurde ein Bundesvorstand gewählt, der die Interessen der Juso-HSGn bundesweit vertreten wird. Alle inhaltlichen Positionen des Bundesverbandes sind unter www.jusohochschulgruppen.de nachzulesen.

■ Learning Resources Center der SUB großer Erfolg

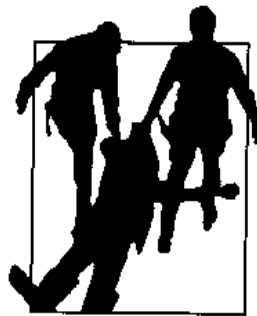
Das neue Learning Resources Center (LRC) ist ein Serviceangebot der SUB an Studierende und Wissenschaftler. Hierbei steht der IT-Bereich im Fokus. Zu den Öffnungszeiten der SUB kann im LRC gescannt, gedruckt, getippt werden. Von aufwendigen Grafikprogrammen bis zu Videokonferenzsystemen sollen den NutzerInnen viele Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung offen stehen. Besonders wichtig ist, dass in den Kernzeiten ein Beratungsservice angeboten wird. Damit hat die SUB offensichtlich einen Nerv getroffen. Das Beratungsangebot wird so zahlreich genutzt, dass die Verantwortlichen darüber nachdenken, wie man diese Beratungstätigkeiten ausdehnen kann. Erste Gespräche mit VertreterInnen der Universität gab es schon. Also geht in die SUB und nutzt das Angebot! Denn anscheinend kann man so dafür sorgen, dass man in Zukunft in seinem Studium nicht nur EDV-Standards erfüllen muss, sondern diese auch erlernen kann.

Ausgesetzt in einem fremden Land Deutschlands Abschiebepraktiken unter der Lupe

Es ging in den letzten Wochen immer wieder durch die Presse. Der gebürtige Libanese Achmed Saado, der seit über 20 Jahren mit seiner Familie in Deutschland lebt, soll in die Türkei abgeschoben werden. Zur Zeit sitzt er in Hannover in Abschiebehaft, ohne untergetaucht zu sein und ohne Straftaten begangen zu haben. Als die Polizei bei ihm auftauchte, um ihn mitzunehmen, geriet er in Panik und verschanzte sich in seiner Wohnung. Daraufhin stürmte ein Großaufgebot der Polizei unter Hilfenahme eines Sondereinsatzkommandos Saados Wohnung. Ein äußerst fragwürdiges Unternehmen, wenn man einmal bedenkt, dass Saado bis auf die Tatsache, dass er keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ein völlig unbescholtener Familienvater ist.

Das zweite, was auffällt, ist, dass Saado in die Türkei abgeschoben werden soll, obwohl er gebürtiger Libanese ist. Saado gehört zu einer arabischen Minderheit, deren Vorfahren in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts vor der Verfolgung durch das Atatürk-Regime aus der Türkei in den Libanon geflohen sind. Seit dieser Vertreibung lebten diese Menschen im Libanon. Mit Beginn des Bürgerkrieges im Libanon suchten viele dieser Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung in Deutschland. Da diese Minderheiten im Libanon keinen eindeutigen Rechtsstatus besaßen, weigert sich die Bundesregierung bis heute, die Staatsbürgerschaft der Flüchtlinge anzuerkennen.

Die deutschen Abschiebebehörden haben auf der Suche nach einer Möglichkeit der Abschiebung in der Türkei einen willigen Helfer gefunden. Seit geraumer Zeit reisen SachbearbeiterInnen der deutschen Behörden in die ursprünglichen Heimatgebiete der Flüchtlinge in der Türkei und durchforsten die Stammbäume in den Dörfern nach Namensübereinstimmungen. Die Türkei stellt anschließend türkische Pässe auf die gefundenen Namen aus.



■ Fragwürdige Praxis

Die in Deutschland lebenden LibanesInnen werden so zu türkischen StaatsbürgerInnen, obwohl sie Zeit ihres Lebens niemals in der Türkei gelebt oder auch nur gewesen sind. Zudem sind die Wenigstevon ihnen der türkischen Sprache mächtig. In die Türkei abgeschoben, werden sie allein gelassen. Ohne Wohnung, Geld und Anspruch auf Unterstützung in einem Land, welches keineR von ihnen kennt und dessen Sprache sie nicht sprechen und verstehen können. Im Fall der Saados kommt aber noch zusätzlich eine weitere Sache hinzu. Seine Frau konnte

eine libanesische Staatsbürgerschaft nachweisen und soll nun nach dem Willen der Behörden zusammen mit den Kindern in den Libanon abgeschoben werden. Dadurch würde die Familie zerrissen werden.

Eine Grundrechtsverletzung, die gerade für die von Krieg, Verfolgung und Flucht gebeutelte Familie eine große Ungerechtigkeit darstellt. Und Was nicht vergessen werden darf: weder die Türkei noch der Libanon sind als Staaten, die die Menschenrechte achten, bekannt. Die Türkei wird von Menschenrechtsorganisationen immer wieder wegen ihres Vorgehens gegen Minderheiten wie Kurden oder Araber kritisiert. Der Libanon gilt laut auswärtigem Amt immer noch als Staat, in dem in weiten Teilen des Landes die Regierung über wenig Einfluss verfügt. Im Klartext: Es herrscht immer noch Bürgerkriegszustand im Libanon.

Eine solche Abschiebepraktik ist vielleicht nach den geltenden Gesetzen erlaubt, moralisch und ethisch vertretbar ist sie trotzdem noch lange nicht.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass bei derartigen Abschiebungen ein breiter Protest und der Weg in die Öffentlichkeit schon häufig zu Erfolg geführt haben. Alle, die mit solchen Praktiken nicht einverstanden sind, sind daher aufgerufen, an Protesten gegen derartige Abschiebungen teilzunehmen und seine Ablehnung zum Ausdruck zu bringen.

Flach spielen, hoch gewinnen.

"Der Stimmenanteil der SPD richtet sich nach dem Index der deutschen Rohstahlproduktion - gemessen in Mio. Tonnen - im jeweiligen Jahr der Bundestagswahl", so lautet das allseitsbekannte Mierscheidt-Gesetz aus dem Jahr 1983.

Somit stünden bei einem erwarteten Wert von 44 Millionen Tonnen exportierten Rohstahls im Wahljahr 2005 also alle Zeichen auf Sieg. Apropos Sieg: Dafür hat es im Confoederation-Cup zwar nicht gerreicht, aber dennoch hat unser Torschütze vom Dienst, Lukas Podolski, obwohl -oder gerade weil - er den IQ eines Badewannestöpsels besitzt, Stürmerqualitäten bewiesen. Der größte aller deutschen Dichter bemerkte zum Thema Sieg: "Du mußt herrschen und gewinnen, oder dienen und verlieren, leiden oder triumphieren, Amboß oder Hammer sein." Ein

anderer großer Deutscher, Boris Becker, brachte es auf den Punkt: "Sieg ist eine unglaubliche Lust! Eine Frau kann einem diese Befriedigung nicht geben". Wo er recht hat, hat er recht.

So gab es immer Sieger und Besiegte, so zum Beispiel Siegfried der Unbesiegbare, oder Sigmar Gabriel der etwas weniger Unbesiegbare. Karl Marx sprach vom Sieg der Arbeiterklasse, aber das braucht wohl noch ein wenig. Zu guter Letzt soll nochmal an einen Ausspruch von Norbert Blüm (CDU) erinnert werden, der einst sagte: "Wir treffen uns in Siegen und nicht in Klagenfurt oder Jammerfels."

Dort steht bereits Siegrits-Erbsensuppe, dampfend auf dem Tisch: Man nehme 150g Erbsen, ca. 150g Bauchspeck, sowie Poree, Sellerie, Kartoffeln, Möhren und natürlich das obligatorische, möglichst fette Stück Mettwurst. Erbsen über Nacht in einer Schüssel mit 1/2 Liter Wasser bedeckt, einweichen. Am näch-

sten Tag mit dem Einweichwasser zum Kochen bringen.

Nach 30 Minuten die Scheibe Bauchspeck zufügen und weitere 30 Minuten auf mittlerer Temperatur kochen lassen. Porree in dünne Ringe schneiden. Wurzeln und Kartoffeln schälen und kleinwürfeln. Zusammen mit einem Lorbeerblatt in die Erbsensuppe geben.

Zwiebel pellen, feinwürfeln und in wenig Öl glasig dünsten. Dann in die Erbsensuppe geben. Sellerie schälen und im Stück zufügen. Mit Fleischbrühe auffüllen und ca. 30 Minuten weiterkochen lassen. Sellerie, Lorbeerblatt und Speck aus der Suppe nehmen. Die Erbsensuppe mit einem Kartoffelstampfer leicht zerdrücken. Mettenden in die Erbsensuppe legen. Bauchspeck in kleine Würfel schneiden und zufügen. Auf kleinster Stufe unter Umrühren ca. 30 Minuten ziehen lassen.

VG-Party

Wir stellen die Vertrauensfrage!

am

Mittwoch den 6. Juli

Juso-Hochschulgruppe; Grüne Hochschulgruppe und FG Sowi; 22h



Wir treffen uns regelmäßig jeden Donnerstag um 20 c.t. Uhr im Sitzungssaal des AstA, Goßlerstraße 16a, Obergeschoss.

Kontakt über Matthias (Tel. 0162/2746464)

oder

e-mail: kontakt@juso-hsg-goettingen.de